

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

536 (15.11.1918) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.
Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.
Weitaus größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von
Ferd. Thiergarten.
Chefredakteur: Albert Herzog.
Verantwortlich für den Inhalt:
Anton Rudolph; für den Anzeiger:
Anton Rudolph, sämtl. in
Karlsruhe i. V.
Berliner Vertretung: Berlin W 10

Anzeigen
Die Spaltenkolonnen 30 Bg.
Die Zeilenlänge 12 Bg., Zeilen
an 1. Stelle 1.35 Bg., die zweite,
außerdem 2/3 Zeilenlänge aufschlag.
Die Abrechnungen werden monatlich
am 1. des Monats des Monats, an
den die Abrechnung des Monats zu gericht-
lichen Streitigkeiten und die Konten
über Kraft tritt.
Verlagshaus: Karlsruhe Nr. 8559.

Bezugs-Preise:

Kassa, A ohne „Mittl. Weltansch.“	1.22	1.42
Kassa, B mit „Mittl. Weltansch.“	1.35	1.55
In Karlsruhe: Ausgabe monatlich	1.22	1.42
Im Verlage abgeholt	1.35	1.55
in d. Reichsteilen	1.35	1.55
frei ins Haus ge- liefert	1.35	1.55
Kasswärts: bei Ab- holung a. Posthalter	1.22	1.42
Durch d. Briefträger	1.40	1.60
tägl. 2mal ins Haus	1.40	1.60
Einzelnummer	10	Bg.

Geschäftsstelle:
Rietel- und Lammstr.-Ecke, nächst
Kaiserstraße und Markt.

Nr. 536. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Freitag den 15. November 1918. Telefon: Redaktion Nr. 309. 31. Jahrgang.

Bolschewistische Lehren.

— Berlin, 14. Nov. Der Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“, Hans Wark, der eben nach einem längeren Aufenthalt in Russland aus Moskau zurückgekehrt ist, schildert in einem längeren Artikel das absolute Verfall der bolschewistischen Regierung und Organisation im Lande des verfallenen Zarentums. Er schreibt u. a.:
„Die Diktatur des Proletariats“ hat das alte wirtschaftliche Leben des Landes vernichtet und nichts Neues an die Stelle zu setzen vermocht. Am schwersten leidet darunter gerade die russische Arbeiter-
schaft. Durch die Enteignung und Nationalisierung der Betriebe hat sie nichts gewonnen. Ihre Lage hätte nur dadurch gebessert werden können, wenn es gleichzeitig gelungen wäre, die Betriebskosten zu verringern und die Erzeugung zu steigern. Nur dann hätte auf den einzelnen Arbeiter ein größerer Anteil am Gewinn entfallen können. Statt dessen ist das Gegenteil, und zwar in furchtbarem Grade eingetreten. Die große Mehrzahl der Fabriken steht. Die sogenannte „Diktatur des Proletariats“ bedeutet die schamlos fortschreitende Vernichtung des russischen Proletariats als Klasse. Arbeitslosigkeit, Hunger, Frost und Leid treibt die zahllose Arbeiterklasse der geschlossenen Betriebe hinaus aus der Stadt in die Dörfer. Die Fabriken, welche noch arbeiten, haben meist den Betrieb einschränken müssen, die Betriebskosten sind immer weiter ins Ungemeine gewachsen, gerade die „nationalisierten“ Fabriken können nur mit großen finanziellen Zuschüssen arbeiten. Die Erzeugung verringert sich schnell und immer schneller, nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch im Verhältnis zur Zahl der noch beschäftigten Arbeiter.
Den furchtbaren und fortschreitenden Verfall der Industrie kann die Sowjetregierung selbst nicht leugnen. Diese Dinge lassen sich nicht verkennen, und jede bolschewistische Zeitung bringt erschreckende Beweise dafür. Aber die Vertreter der Sowjetregierung weisen darauf hin, daß nicht der Bolschewismus die Schuld daran trage; die wirtschaftliche Zerrüttung des Landes erklären sie durch die Folgen des Krieges und durch die Tatsache, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Zufuhr von Kohle und Rohstoffen sehr vermindert und unmöglich gemacht sei. Daran ist gewiß viel Wahres, aber es beweist nur, daß gerade die gegenwärtige Zeit, wo alle Länder wirtschaftlich durch den Krieg erschöpft, wo Rohstoffe und Schiffsraum überall knapp sind, jedenfalls die allerungünstigste ist für den Verfall, die fortschreitenden Lehren zu verwirklichen.
Darüber hinaus aber hat dieses Jahr der bolschewistischen Herrschaft bewiesen, daß die Sowjetregierung auch auf denjenigen Gebieten versagt hat, wo sie nicht durch Mangel an Rohstoffen verhindert wurde. Denn die russische Papierindustrie und Weinweberei z. B. liegt eben so darnieder, wie die anderen Industriezweige, obwohl die Rohstoffe dafür, Holz und Flach, im Lande selbst reichlich vorhanden sind. Das erklärt sich dadurch, daß die alte privatwirtschaftliche Organisation des gesamten Erzeugungsprozesses auf einen Schlag und gewaltig vernichtet worden ist, während es nicht gelang und nicht gelang konnte, sie ebenso schnell durch eine neue soziale Organisation zu ersetzen.
Aber man überhört davon zu reden, daß es nicht gelungen ist, die Erzeugung sozialistisch zu organisieren, wenn die russischen Kommunisten sogar an der viel leichteren Aufgabe der Verteilung der fertigen Waren völlig gescheitert sind? Dies stellt das amtliche Organ des „Obersten Volkswirtschaftlichen Rates“ der Sowjetrepublik in einer Nummer vom 17. Okt. selbst in erschreckender Weise fest: die zentrale Verteilungsorganisation der Sowjetrepublik, das Verteilungskomitee, hat vollständig versagt und ist nicht imstande gewesen, die fertigen Waren, die es an die Bevölkerung zu verteilen hatte, den Fabriken abzugeben. In dem erwähnten bolschewistischen amtlichen Blatt wird mit genauen Zahlenbeispielen festgestellt, daß zum Beispiel die Textilfabriken, Gummitfabriken, Strohhalbfabrikten kein Umlaufkapital mehr haben, ja nicht einmal die Arbeitsstoffe ausgeben können, weil das Verordnungsamt ihnen die aufgeschobenen fertigen Waren nicht abnimmt. In viele Fabriken haben ihren Betrieb deshalb einstellen müssen, weil ihre Lagerräume überfüllt sind und sie keinen Platz mehr haben, um neue Waren einzulagern. Und dies geschieht, während im ganzen Lande der dringende Warenmangel herrscht.“
Hans Wark läßt sich keine Ausführungen mit der dringenden Mahnung, aus dem bolschewistischen Beispiel die nötigen Lehren für das neue Deutschland zu ziehen.

Die Lage im Reich.

Sitzung des großen Berliner Soldatenrats.
— Berlin, 15. Nov. Gestern Abend fand im Plenarsaal des Reichstages eine Sitzung des großen Berliner Soldatenrates statt, woran auch der Reichstagsrat und der ehemalige Reichstagsabgeordnete Wels als Kommandant von Berlin teilnahm. Die Versammlung nahm zur Kenntnis, daß der Volksrat des Arbeiter- und Soldatenrates von der Bildung einer roten Garde Abstand genommen habe. Es wurde sodann die Organisation des Sicherheitsdienstes besprochen, wobei eine einstimmige Ablehnung des Bolschewismus zur Sprache trat. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung wurde beschlossen, daß die Offiziere und technischen Beamten nach Möglichkeit in ihren bisherigen Stellungen verbleiben sollen.
Die Aussprache über die Verpflegungsverhältnisse ergab die Notwendigkeit, mit den vorhandenen Vorräten möglichst sparsam zu verfahren, zumal die Verhältnisse durch das Zurückfluten unserer Truppen naturgemäß in Unordnung gebracht werden. Trotzdem aber müsse man versuchen, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Schleunige Verjagung sei daher unbedingt geboten. Die Demobilisierung werde nach den Grundfragen, die das Kriegsministerium ausgearbeitet habe, durchgeführt werden. Von allen Rednern wurde den Delegierten der Soldaten im Volksrat völliges Vertrauen ausgesprochen.
Neuer Gewaltversuch der Spartakus-Gruppe.
— Berlin, 15. Nov. (Privat.) Die Spartakusgruppe versuchte sich gestern Abend gegen 10 Uhr abermals mit Gewalt der Gebäulichkeiten des „Berliner Lokalanzeigers“ zu bemächtigen. Der neue versuchte Gewaltakt dieser Gruppe, der in Berlin Empörung hervorrief, ist mißlungen. Das Personal des „Lokalanzeigers“ vermochte sich vor den Angriffen der Spartakusleute rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.
Preußens Stellung im Reich.
— Berlin, 14. Nov. In einem Aufruf der neuen preußischen Regierung an das preußische Volk heißt es: Die Aufgabe der neuen preußischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen deutschen Volkrepublik zu verwandeln. Ueber

die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird eine verfassunggebende Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältnisprinzip. Bis zum Zusammentritt dieser verfassunggebenden Versammlung übernimmt die vorläufige Regierung, getragen von dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldaten, die Geschäfte. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, in engem Zusammenhang mit der neuen Regierung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen.
Das preußische Abgeordnetenhaus aufgelöst; das Herrenhaus beseitigt.
— Berlin, 15. Nov. In Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Volksrates der Arbeiter- und Soldatenrates verordnet wir was folgt:
Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst.
Das Herrenhaus wird beseitigt.
Berlin, den 15. November 1918.
Die preußische Regierung (gez.): Hüsch, Ströbel, Braun, E. Ernst, Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld.

Hindenburg an Alle.

— Berlin, 14. Nov. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat folgenden Funkspruch ergeben: Funkspruch an Alle, besonders an die Heeresgruppe Madensen!
„Ich stehe nach wie vor an der Spitze der Obersten Heeresleitung, um die Truppen in Ordnung in die Heimat zurückzuführen. Ich erwarte, daß alle Kameraden, Behörden, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften auch weiterhin ihre Pflicht tun. Dies ist allen Truppen bekanntzugeben.“
von Hindenburg.“

Der neue Berliner Polizeipräsident.

— Berlin, 14. Nov. (Privat.) Nach dem „Berl. Lokalanz.“ entwickelte der neue Polizeipräsident von Berlin, der unabhängige Sozialdemokrat Eickhorn (ehemals badischer Landtagsabgeordneter) in einer Besprechung seine Grundzüge bei der Verwaltung des Amtes. Die traurigen Begleiterscheinungen des Umsturzes in Russland sollten hier nicht aufkommen. Es müsse volle Freiheit auf dem Gebiet der politischen Meinungsäußerung bestehen. Die politische Polizei sei aufgehoben; es gäbe keine Beschränkung der Versammlungsfreiheit mehr. Die Polizei solle nur für Ordnung, Ruhe und Sicherheit sorgen. Auf dem Gebiete der Sittenpolizei müsse ein AnzeiL vermeiden werden. Besonders liege die Gefahr vor, daß zahlreiche Soldaten mit Gewehrschulden heimkehren. Die Straßenpolizei werde vielleicht später mit Gemeinmitteln ausgerüstet werden. Auf jedem Revier solle ein Vertrauensmann aus der Bürgererschaft fungieren, den man bei Beschwerden in Anspruch nehmen könne. Die Beamtenschaft des Präsidiums und der Bezirksämter bleibe im Dienst. Ein großer Teil der Schießereien in Berlin kämen auf das Konto raddaunlustiger Elemente. Die Polizei solle künftig lediglich ein Organ der Hilfe und Ordnung sein und der gesamten Bürgererschaft gleichmäßig dienen.

Die neue Regierung von Anhalt-Desau.

— Desau, 14. Nov. Nach dem gestrigen Thronverzicht ist heute über die Bildung der neuen Regierung verhandelt worden. Die Regierungsgewalt geht auf einen Staatsrat über, der aus 4 Sozialdemokraten, einem Nationalliberalen, einem Freisinnigen und einem bürgerlichen Demokraten besteht. Der Vorsitzende dieses Kabinetts ist der Abg. Wolfgang Heine. (B. Tbl.)

Die Neuordnung in Bremen.

— Bremen, 14. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat gestern im Plenarsaal der Börse einstimmig folgende Bekanntmachung beschlossen: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Stadtgebiet übernommen. Der Senat und die Bürgerwehr sind beseitigt. Das Bremer Stadtgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Republik. Ueber die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheidet die später zu schaffende gesetzgebende Körperschaft. Ruhe und Ordnung werden gewährleistet. Ein jeder gehe seinem Beruf nach. Die Beamten bleiben auf ihren Posten. Die Behörden werden in ihren Stellen verbleiben. Das Privateigentum wird geschützt. Plünderer werden standrechtlich abgeurteilt.

Forderungen an den Fürsten von Hohenzollern.

— Sigmaringen, 14. Nov. (Nichtamtlich.) Gestern mittig erschienen als Vertreter der in Hohenzollern bestehenden politischen Organisation Dr. Besser-Sigmaringen, Redakteur Wallstahler-Hellingen, Landtagsabg. Brandhuber von Sigmaringen und Bürgermeister Eger von Weildorf im Schloß zu Sigmaringen und machten dem Fürsten Wilhelm im Beisein des Hofkammerpräsidenten Grafen Wölmann und des Kabinettschefs Grafen Spee folgende Forderungen des hohenzollernischen Volkes geltend:
1. Verzicht auf Steuerfreiheit, 2. Verzicht auf freie Gerichtsbarkeit, 3. Verzicht auf alle in der hohenzollernischen Verfassung enthaltenen Sonderrechte, 4. zur Verfügungstellung der bis jetzt leerstehenden fürstlichen Schlösser mit zugehörigen Baulichkeiten bei Wohnungen und für die Unterbringung und Erholung Verwundeter und kranker Krieger.
Nach Beratungen mit seinen Herren erklärte sich der Fürst mit der sofortigen Annahme dieser Forderungen einverstanden. Ferner versprach er, weitere Wünsche des Volkes, die von der Abordnung dringend empfohlen wurden, nach nochmaliger Beratung in wohlwollender Weise zu berücksichtigen. Der Fürst hat dem Landesausschuß zum Wohle der Allgemeinheit den Betrag von zwei Millionen Mk. überwiesen.

Deutsche Frauen an amerikanische Frauen.

— Stuttgart, 14. Nov. (Nicht amtlich.) Der Frauenausschuß für dauernden Frieden sandte durch Vermittelung des bayerischen und des deutschen Soldatenrates mittels der amtlichen Telefunkenstation einen Funkspruch an Amerika, Jane Addams Hull-House-Chicago: „Deutsche Frauen, völlige Aushungerung und Zusammenbruch für ihr Volk voraussetzend, bitten dringend ihre amerikanischen Schwestern um vermittelnde Erleichterung der Waffen-

stillstandsbedingungen betr. Demobilisationsfrist, Biotade, Waggons, Lokomotiven.
Wir alle sind sehr frohe Wählerinnen einer freien Republik und grüßen Euch herzlich. Unterschrift: Anita Augspurg.“

Zur Lage in Straßburg.

— Straßburg, 15. Nov. (Privat.) Der Soldaten- und Arbeiterrat in Straßburg faßte den Beschluß, der eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens fordert und sich auf den Boden der 14 Friedensbedingungen Wilsons stellt.
— Straßburg, 15. Nov. (Privat.) Der Straßburger Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß die Entwicklung der Dinge in Straßburg auch weiterhin einen geordneten Verlauf nimmt. Die Ruhe in der Stadt ist nirgends gefährdet. In weitestgehendem Maße hat die Bevölkerung der ergangenen Aufforderung, das Zusammengehen von Nationalfarben zu unterlassen, Folge geleistet und damit in verständiger Weise einen Anlaß unnötiger Erregung der Gemüter beseitigt.

Frankreich und die deutsche Republik.

— Bern, 14. Nov. (Nicht amtlich.) „Populaire“ meldet: Als der französische Kommer am 11. November bekannt gegeben wurde, daß der Abg. Luchet in Koblenz von dem Volke aus dem Kerker befreit worden sei, rief ein Sozialist: „Es lebe die deutsche Republik! Der Ruf wurde von allen Internationalisten aufgenommen und wird, wie der „Populaire“ hinzusetzt, vom ganzen französischen Volke und dem Weltproletariat aufgenommen werden.“

„Jeune“ veröffentlicht einen von dem geführenden Ausschuß der „Confederation generale du travail“ an das organisierte Proletariat gerichteten Aufruf, in dem die deutsche Republik begrüßt wird. „Kampelle“ erklärt: Dieses historische Ereignis verlangt, daß der Friede auf den Grundfragen der Freiheit des Volkes, über sich selbst zu verfügen, abgeschlossen wird. Der Eroberungs- militarismus und die brutale Gewalt seien endgültig niedergeworfen. Auf den neuen internationalen Grundlagen müsse die Welt wiederhergestellt werden. Bei dieser Wiederherstellung sollen alle Völker auf dem gleichen Fuße behandelt werden. Eine Pflicht aller im Proletariate der Ententeländer sei es, sich jeder chauvinistischen Haltung zu widersetzen und nicht zu gestatten, daß unter dem Vorwand der Erhaltung der Ordnung militärische Kräfte der Alliierten gegen das neue Regime vorzögen, welches sich in Russland, Deutschland und Oesterreich freiwillig ergeben haben. Die organisierte Arbeiterklasse habe nun die Aufgabe, die erworbenen Freiheiten zu wahren und die ihr zukommende neue Macht zu sichern, obwohl Frankreich hinter den anderen Nationen zurückbleiben würde. Das Ende der imperialistischen-militärischen Welt muß vollkommenste Freiheit des Denkens, Redens und Schreibens sein, ohne welche die Sozialdemokratie nicht bestehen könne.

— Zu den Waffenstillstandsbedingungen führt die „Action Francaise“ aus: Durch die deutsche Revolution werden die separatistischen, partikularistischen Sonderströmungen in Deutschland völlig in den Hintergrund gedrängt. Die Revolution macht Deutschland einigermassen je. Hierüber darf man sich auch nicht bei der Entente täuschen. Deutschland wird sich demütigen und beschließen stellen, um den Frieden zu erhalten. Ihm bleibt für die Zukunft seine Organisation, seine Menschenmassen, die kompakte von ganz Europa. Es sei gerade das Symbol für Deutschland, daß seit 1914 eine Hand voll Leute in Oesterreich durchgehalten hat, deshalb müsse man bei Friedensschluß alle materiellen und moralischen Realitäten berücksichtigen und so handeln, als ob die deutsche Kraft immer noch nicht erschöpft sei.

Die „Humanité“ erscheint unter der Ueberschrift: „Waffen nieder! Bürger! Es lebe die deutsche Republik! Es lebe die Weltrepublik!“ Eschin erklärt, er finde es besonders erfreulich, daß die Entente Deutschland sofort mit Lebensmitteln helfen wolle, verdrängt jedoch den Artikel über die Räumungsbestimmungen für Weichsel. In diesem Jahre er eine verkappte Intervention der Entente, gegen die mit aller Entschiedenheit protestiert werden müsse.

„Luch, Populaire“ stellt die Opposition der Arbeiterklassen der Entente gegen eine weitere militärische Aktion der Entente vor. Das Blatt hofft, daß die Arbeiter und die sozialistische Partei Frankreichs sich mit aller Macht gegen die Gegenrevolution stellen werden und daß sie eine völlige Befreiung der gesamten Arbeiterwelt Europas durchzuführen verstehen werden.

Zur Waffenstillstandsfrage.

Ein Aufruf an die Entente-Völker.

— Berlin, 14. Nov. Der Volksausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats (Brutus Mollenhuth und Richard Müller) veröffentlicht einen Aufruf an die Völker Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas, worin diese gebeten werden, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede, der da kommt, ein Frieden brüderlicher Verständigung ohne jede Eroberung und Unterdrückungen wird, ein Frieden, der jedem Volk sein Recht der Selbstbestimmung und der freiestmöglichen Entwicklung läßt. Deutschland soll nicht zu einem Slaven sein verurteilt werden.

Die französische Organisation in Elsaß-Lothringen.

— Paris, 14. Nov. Agence Havas. Der Ministerrat beschäftigte sich mit der Organisation Elsaß-Lothringens und ernannte zu Oberkommissaren der Republik für Straßburg den Generalkommissar für die öffentliche Sicherheit Beringer; für Metz den Präsidenten des Departements Meurthe et Moselle Mirmon; für Kolmar den Staatsrat Poulet.

Französische Zukunftsfragen nach dem Elsaß.

— Bern, 14. Nov. Pariser Zeitungen melden, daß aus Belfort Genietruppen zur Wiederherstellung der Zukunftsfragen nach dem Elsaß abgegangen sind. Insbesondere handelt es sich um die Wiederherstellung der Biotade von Waggons, durch deren In-

Handlung die Wiederaufnahme des Eisenbahnerbundes Paris-München-Basel möglich ist.

Zur Stimmung in England.

W.B. Kopenhagen, 14. Nov. Oberst Wade von der englischen Mission in Kopenhagen schreibt im "Politiken" über die Massenstillständebedingungen u. a.: "Nachdem Deutschland mit Konsequenz die Militärpersonen, die die Verantwortung für den Krieg hatten, und ihre Könige und Königen aus dem Lande verjagt haben, haben wir zum ersten Male dem deutschen Volke gegenüber, unsere Waffen zu erheben und ruhige und vernünftige Beziehungen in Europa einzuführen verstanden. Dieses können wir nicht durch Bolschewismus erreichen. Hoffentlich haben die Deutschen so viel Verstand, daß sie nicht von einem Extrem in das andere fallen. Das ist selbstverständlich schwer. Viele Menschen in England, besonders die Sozialisten, vergessen nicht, was in diesen schrecklichen Jahren geschehen ist. Aber wir haben einen guten Willen. Wenn die Deutschen sich bloß der Propaganda enthalten wollen, sollen sie das Beweise bekommen, daß der Gentleman in England so angesehen und lebendig wie je ist.

England und Deutschland.

o Zürich, 15. Nov. (Privattele.) Die "Times" melden: Das englische Kabinett wird unmittelbar nach dem Frieden die unmittelbaren Beziehungen mit der neuen deutschen Regierung aufnehmen, sofern sie bis dahin in geschäftliche Bahnen geleitet und vom deutschen Volke sanktioniert ist.

Die Schädenerjagdenstrüße zu Deutschland.

o Basel, 15. Nov. (Privattele.) Die "Morning Post" meldet aus Washington: Auf Geheiß Wilsons wurden die Schädenerjagdenstrüße an Deutschland einer neuen Festlegung unterzogen. — Infolge der Demoralisierung Deutschlands hat England auf dem Berliner Kongress die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Deutschland beantragt.

Die Tage in Oesterreich-Ungarn.

o Wien, 15. Nov. (Tele. Tel.) Wie die Wälder werden, hat der österreichische Nationalrat beschlossen, die Schicksale der jetzt hier anwesenden gemeinsamen Ministerien über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen.

Rein Tisch einzeln in Niederösterreich.

W.B. Prag, 15. Nov. Das tschechisch-slawische Pressebüro ist gegenüber den Meldungen von einem beschleunigten Einfall der tschechischen Kompanien in Niederösterreich zu der Erklärung ermächtigt, daß zu einem solchen Einfall kein Befehl erteilt wurde, noch ein Bericht eingegangen sei, der einen solchen Befehl als wahrscheinlich erscheinen lasse.

Die Besetzung von Ungarn.

W.B. Budapest, 14. Nov. Das ungarische Cor. Büro meldet aus Budapest: Minister Bela Kundor unterzeichnete namens der ungarischen Regierung am 13. November um 1/2 Uhr nachts jene Militärkonvention, welche die Anwendung des an der italienischen Front abgeschlossenen Waffenstillstandes auf Ungarn verleiht. Die Konvention wurde letzens der Orientie im Auftrag des Oberkommandanten der Österreichischen Armee von dem serbischen General Woyadowski und dem französischen General Sorely unterzeichnet. Die Konvention ist identisch mit jener, die Graf Miksaol Pacolski mit General Jowakow d'Wpang vereinbart hat. Demzufolge bleibt die Besetzung auf dem ganzen Gebiete ungeschädigt. Dementsprechend der Besetzungstruppen für Ungarn ist General Henry, der dem Tschechischen Ansatz gab, im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung bedingt eine tschechische Division nach Budapest schicken zu können.

W.B. Budapest, 15. Nov. Heute vormittag erfuhren eine 700 Mann starke tschechische Truppenabteilung mit 17 Offizieren in Pest. Der ungarische Kommandant protestierte bei den tschechischen Oberbefehlshabern gegen diese Besetzung der Stadt. Dieser erklärte, die Serben seien von brüderlichen Gefühlen erfüllt. In der Stadt herrscht Ruhe.

Aus der Schweiz.

Ende des Generalstreiks.

W.B. Bern, 14. Nov. (Schweizerische Depeschengentur.) Endliche Überwindung des Telegraphen- und Telefonstreiks gelangte die Wollung des Oester. Nationalkomitees nicht recht. In der Stadt der Schweiz, jedoch der von der schweizerischen Berufsvereinigungen vermittelten Wollung vom Abbruch des Streikes in der verschiedenen Ständen, darunter Basel, nicht abgewandte Minderheit, und zur Überwindung des Streikes aufgegeben wurde. In verschiedenen Orten erfolgte auch Militärkonventionen gegen die tschechischen Streitkräfte. Heute abend finden überall Versammlungen statt zur Klärung über die Gründe der Beendigung des Streikes. Der Verband des Telegraphenpersonals und der Buchdrucker

Der Waffenstillstand in Belgien.

Man unteren nach dem Waffenstillstand anständigen Kriegsgefangenen erhalten wir folgenden Bericht:

Stüttli, 11. November 1918.

Ich verlaße den heutigen Tag in der schönen Wälderstadt, deren Fall im August 1914 unsere herrlichen Wälder zerstörte. Schon am frühen Morgen hatte ich das Gerächte herumgesprachen, daß Deutschland im Laufe des Tages den Waffenstillstand unterzeichnen würde. Von Mittag ab erschienen mehr und mehr aus den Fenstern der meisten Häuser schwarze Wolken. Die Soldaten schauten sich bald bedrückend mit einer hochbewegten Menge. Belgische Männer, Frauen und Kinder trugen Schellen in der Hand. In der Schanzenschanze sah man die Köpfe der Verletzten, aber auch andere Dinge, so z. B. einen großen Kessel, den man aufschraubte mit Hilfe der deutschen Besatzungsmänner entgegen hatte.

In dem Moment, da das Eisen fast kornwalschore an. Aufschlüssen hingen an den Balken. Kinder mit Trommeln und Trompeten schloßen sich zu einem Zug zusammen, dem man lautes hohes Rohr ließ. Die deutschen Soldaten blieben durchweg unerschrocken und belächelten die belgischen Soldaten. Am Morgen waren in der Gasse an einigen Stellen Arbeiter und Soldaten gefesselt, die Verjagung, der sich in aller Ruhe vollzog. Die rote Fahne sah man einzeln aus der Teilungsbahnen des "Populären" hängen. Bald nachdem die Zeitungen "Le Peuple" erschienen und "Le Telegraph" die Tatsache des Waffenstillstandes und seine Bedingungen veröffentlicht hatten, konnten die Belgier, von denen manche über den Druck grollten, die Überwindung erleben, daß ihnen vielfach die schwarzen Wolken abgerissen wurden, und zwar von ihren eigenen Kanonendon und Arbeitern, die mit der roten Fahne erschienen und sie mit dem deutschen Soldaten vertrieben. Wie wollen wissen, daß die rote Verjagung sich ein bis zum Morgen und französischen Heeres brachtigt habe, ein Zeichen, das in der Stunde nicht nachsprachen konnte und eine mit Bewußtsein wichtiger. Kriegsgeschäftigung hätte nur von der Wälder, während aller beteiligten Staaten, gemeinsam bezahlt werden.

Die Wälder wurde gelungen, Gedächtnis auf die Internationals wurden angedacht. Mit der Dämmerung legte Regen ein, der den Straßenbelieb schnell befeuchtete. Dazu kam der Sonnen-

nehmen am 15. die Arbeit wieder auf, und wahrscheinlich folgen auch die übrigen Gewerkschaften mit Ausnahme gelegentlicher lokaler Organisationen. Eine allgemeine Amnestie scheint der Bundesrat nicht erlassen zu wollen, will aber wohlwollend die einzelnen Fälle prüfen, ausgenommen solche, wo es sich um Sabotageakte handelt.

W.B. Bern, 15. Nov. Meldung der Schweizerischen Depeschengentur. Heute früh wurden in der ganzen Schweiz die Arbeiten wieder aufgenommen. Der Eisenbahnerstreik, der Post-, Telegraphen- und Telephonstreik sind wieder normal. Nach Abbruch des Generalstreiks fanden am Donnerstag im ganzen Lande feierliche Kundgebungen statt. In Bern wurde eine spontane gewaltige Manifestation veranstaltet. Die Menge zog vor das Quartier der Mitglieder des Bundesrates und des Generalrats Wille und riefen sie heraus. Der Bundesrat Decoppet und Bundesrat Mott gaben ihrer Freude Ausdruck, daß die verschiedenen Wälderstreike der Schweiz sich während des Krieges einig gezeigt hätten in dem Willen, die Demokratie zu schützen. Die französische Schweiz habe zweimal während des Krieges das Band gerissen, einmal beim Beginn des Krieges durch das klare Gefühl des Rechts und jetzt zum Schluß durch entsetzliche Mißtraue von der Gewalt gegen die Verfassung und das Gesetz.

Internierung deutscher Flieger.

W.B. Bern, 14. Nov. Schweizerische Depeschengentur. Gestern landeten in der Schweiz 10 deutsche Flugzeuge. Zwei gingen bei Schaffhausen, drei bei Rapperswil, zwei bei Yverdon (Jülich), zwei auf dem Flugplatz Dübendorf und eines bei Oberau im Thurgau nieder. Alle Injassen wurden vorläufig festgenommen. Die Apparate sind interniert.

W.B. Bern, 14. Nov. (Nicht amtlich.) Meldung der Schweizerischen Depeschengentur. Heute mittag gingen zwei deutsche Flugzeuge auf dem Egerzberg in Bern nieder. Die beiden Injassen zwei Offiziere, erklärten, sich wegen der Unfähigkeit der Berge in der Gegend geirrt zu haben. Die Führer und die Flugzeuge wurden interniert.

Dänemark und der Krieg.

W.B. Kopenhagen, 14. Nov. Der von den Sozialisten für heute angelegte allgemeine Ausfall wegen andauernd aufrichtiger Verhandlungen dreier ihrer Führer stellt einen völligen Mißerfolg dar. Nur in vereinzelten Betrieben ruhte die Arbeit heute. Gegen Mittag hielten die Sozialisten und unabhängigen Sozialisten unter freiem Himmel eine Massenversammlung ab, jedoch unter 10 000 Menschen beizammen waren. Mehrere Führer forderten zur Revolution auf. Nach der Versammlung kam es mehrfach zu Unruhen. Die Demonstranten griffen die Polizei mit Steinwürfen an, die mit Knütteln vorging und die Menge zerstreute. Viele wurden verletzt und ungefähr 20 verhaftet.

England und der Krieg.

W.B. London, 13. Nov. Reuter. Das Oberhaus nahm die Bill, die den Frauen das passive Wahlrecht für das Unterhaus gibt, an.

Badische Chronik.

o Karlsruhe, 15. Nov. Da durch die neuesten Ereignisse auch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst hinfällig geworden ist, haben viele staatliche Stellen sofort mit Abänderung des ausführenden eingestellten Hilfsdienstpersonals begonnen. So bezugsnehmend die Abänderung jeglichen Zwanges ist, so sehr hat es in vielen Kreisen hervorgehoben, daß durch die plötzliche allgemeine Abänderung an die im Hilfsdienst tätigen Personen Arbeits- und Verdienstmöglichkeit eintritt. Könnte da nicht ein Ausweg derart gefunden werden, daß diejenigen, die freiwillig weiter arbeiten wollen, dem betreffenden Betrieb beibehalten werden können?

o Karlsruhe, 14. Nov. Nach der Saatgutvertheilungsordnung ist die Beförderung von Getreide zu Saatweiden nur bis zum 15. November zulässig. Da infolge des allgemeinen Arbeitermangels und der Grippe-Erkrankungen die Herbstbestellung vielfach noch nicht beendet ist, hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes angeordnet, daß Wintergetreide zu Saatweiden noch bis zum 15. Dezember gefördert werden darf.

o Weingarten (Ami Durach), 14. Nov. Die Mühle des Wilhelm Lipp hier ist durch die Behörde wegen Unreinlichkeiten bis auf weiteres geschlossen worden.

o Mannheim, 14. Nov. Eine Polizeipatrouille hat in einer der letzten Nächte drei Soldaten und einer Zivilperson einen mit acht Säcken gefüllten Handwagen abgenommen. Die Soldaten führten, der Zivilist wurde verhaftet. — Einer anderen Polizeipatrouille ist es gelungen, zwei Mäntel und einen Militärkofferfahrer festzunehmen, die einen mit Fleisch gefüllten Sack trugen. Einer der Festgenommenen ist ein vor wenigen Tagen aus dem Militärarrest entlassener Militärkofferfahrer, der wegen Falschmünzerei verhaftet worden war. In dem Sack fand man ein geschlachtetes Schwein und vier Enten. — Das 1 1/2-jährige Kind einer Witwe fiel von Tisch herunter und war sofort tot.

o Griesheim bei Werder, 14. Nov. Ueber die granate Tat eines russischen Kriegsgefangenen wird dem "Gef. B. Zettel" berichtet: Der Russe änderte die Scheune des Landwirts Kraft an, die bis auf die Mauer niederbrannte. Dann verbrachte er die Leichter des Brandes-

renonatsbefehl, der von 7 Uhr abends an, alle Belgier ins Haus verwies. Dieser Maßregel ist es auch zu danken, daß es nirgends in der Dunkelheit zu Ausschreitungen kam. Die Stadt fängt viel flüchtiges Gesindel unter ihren Einfamilienhäusern, die sich das plötzliche Lichtverlöschen bei den letzten Fliegerangriffen für ausgegebene Diebstahlsrüchta machen. Die Bomben von letzten Samstag haben übrigens fast nur unbedeutenden Sachschaden angerichtet.

Alfred Richard Meyer, Kriegsberichterstatter.

Kaiser Wilhelms Zufluchtsort.

Die Grafen von Bentinck.

o Kaiser Wilhelm und Gefolge sind nach holländischen Nachrichten auf Schloß Middachten bei Arnhem in den Niederlanden eingetroffen, wo sie bis auf weiteres bei dem Grafen v. Bentinck eine Zuflucht gefunden haben.

Die Stadt Arnhem ist die Hauptstadt der niederländischen Provinz Geldern und zählt etwa 70 000 Einwohner, zu denen auch viele der sogenannten Hindien-Kentiers, im Volks "Juderlorde" genannt, gehören. In den zahlreichen Landhäusern, die die Stadt umgeben und durch ihre prächtigen Parkanlagen berühmt sind, zählt auch das Schloß Middachten, der Grafen v. Bentinck. Die Stadt selbst führt ihren Ursprung auf die Römer zurück.

Die Grafen v. Bentinck, bei denen der abgedankte Monarch gegenwärtig zu Gast weilt, sind ein altes Geschlecht aus Geldernischem Uebel, das schon im 13. Jahrhundert zum ersten Male erscheint. Als Stammvater der gegenwärtigen Linie gilt William Bentinck, der am 6. November 1704 geboren wurde und am 13. Oktober 1774 starb. Sein Vater war William Bentinck, Graf von Portland, der 1845 geboren war und 1709 starb. Er war in den Dienst Wilhelms III. von Oranien getreten und hatte bis 1698 nach England beigeführt, wo er zum Grafen von Portland erhoben und als der vertrauteste Ratgeber des Königs sich in diplomatischen Geschäften verewndet wurde. Sein ältester Sohn Henry wurde 1716 der erste Duke von Portland, während sein zweiter Sohn Wilhelm, der Stammvater der westfälischen Linie, 1732 zum Reichsgrafen erhoben wurde. Von ihm stammt der jetzige Graf Wilhelm ab, der als Sohn des Grafen Wilhelm und der Freilin Marie v. Heeckeren-Bassener am 22. Juni 1850 in London geboren wurde. Graf Wilhelm a. Bent-

schädigten zu sein, indem er das Mädchen aufhänge und ihr Haut in den Mund stecke, um sie zu ertränken. Es gelang, das Mädchen ins Leben zurückzurufen. Der Missethäter wurde verhaftet.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 15. November.

Die Generaldirektion der Staatsbahnen teilt mit: Zur Bewältigung des bevorstehenden außerordentlich großen Militärvorstoßes wird die Eisenbahnverwaltung genötigt sein, den Personalleistungen binnen kürzester Frist vorübergehend sehr stark einzuschränken. Möglicherweise kann der Eintritt der Einschränkung nicht rechtzeitig veröffentlicht werden. Es empfiehlt sich daher dringend, nicht unbedingt nötige Reisen jetzt schon zu unterlassen, zumal der Militärvorstoß bereits einen größeren Umfang angenommen hat. Mit Rücksicht auf die bei der Einschränkung der Eisenbahnleistungen zu erwartenden Schwierigkeiten sind die Zugwechsellösungen in jeder Zeit gerätet werden.

Zur Truppenverpflegung auf Veranlassung der Obersten Seeresleitung wird auf Nachholwegen hingewiesen: Die Verpflegung des Heerheeres auf dem Rüdmarfch erfolgt durch besonders nachgeschobene oder vorzuziehende Bestände und ohne Inanspruchnahme der Vorräte der heimischen Seeresleitung. Voraussetzungen für die Verwirklichung der hierfür von der Obersten Seeresleitung getroffenen Vorkehrungen ist die bereitwillige Mitarbeit der Landkrieger, Bereitstellung und Bewachung dieser Vorräte. Jedem, der hierzu nach Kräften mitwirkt, wird das Vaterland dankbar wissen, denn dann ist die Versorgung von Heer u. Heimat gesichert, umso mehr als die Seeresleitung neuerdings zugesagt, bereits während des Waffenstillstands die Einfuhr von Verpflegung nach Deutschland trotz der Blockade zuzulassen.

A zur Bildung von Beamtenräten. Der Arbeiter- und Soldatenrat Karlsruhe teilt mit: In der Presse werden Stimmen laut, die zur Bildung von Beamtenräten usw. auffordern. Wir begrüßen jede Mitarbeit und bitten möglichst alle um tatkräftige Hilfe. Wir müssen aber darauf aufmerksam machen, daß keine Zerplitterung der Kräfte erfolgen darf. Die Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte können alle Berufe umfassen, da ja die Angehörigen aller Berufe Arbeit erfinden, ob sie geistig oder körperlich wirken. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache haben sich auch bereits der Verband der badischen Staats- und Eisenbahnbeamten sowie die Technikerverbände dem Arbeiter- und Soldatenrat angeschlossen.

Die Grippe-Epidemie in hiesiger Stadt ist wieder in ihrem, wenn auch langsamen Rückgang begriffen. Immerhin ist aber sowohl die Zahl der vorhandenen wie auch der neuen Erkrankungen nicht unerheblich, so daß nach wie vor dringend empfohlen werden muß, die zur Verhütung der Krankheitsübertragung kommenden Vorsichtsmaßregeln, die das Gr. Bezirksamt — Polizeidirektion — im nächsten amtlichen Verordnungsblatt neuerdings bekannt geben wird, sorgfältig zu befolgen.

o Sonntag. Ueber "Deutsche Seele — Deutsches Ringen" sprach im Friedrichshof am Dienstag, den 19. Nov., abends, Willy Hildebrand. Vorkauf bei Fr. Doert, Kaiserstraße 159. — Unfall. Am Mittwoch nachmittag wollte ein 10-jähriger Knabe in der Rintheimerstraße hier auf ein fremdes fahrendes Fuhrwerk aufsteigen, glitt jedoch aus, fiel unter den Wagen, wurde überfahren und erlitt dadurch einen Oberschenkelbruch, welcher seine Aufnahme in das städt. Krankenhaus erforderlich machte.

Karlsruher Strafkammer.

o Karlsruhe, 14. Nov. In der Sitzung der dritten Strafkammer wurden verurteilt der jugendliche Arbeiter Heinrich Kaiser aus Durmersheim wegen schweren Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis, die Ehefrau Eugen Schumacher aus Pforbach wegen Betrugs im Rückfall unter Einrechnung einer früheren Strafe zu 1 Jahr Gefängnis, die Tagelöhnerin Karoline Müller aus Bruchsal und Wilhelm Steiner aus Pforbach wegen mehrfachen schweren Diebstahls zu je 4 Monaten Gefängnis. Die Hilfsarbeiter Eugen Peter, Alfred Herr und Karl Merkel aus Sandweien hatten auf dem Bahnhof Baden-Pfaden aus Eisenbahnmaterial, Zucker, Schokolade, Rauchwaren usw. gestohlen. Peter und Herr erhielten je 3 Monate, Merkel 6 Wochen Gefängnis. Wegen Diebstahls im Rückfall wurde die Arbeiterin Emma aus Rühlbach zu einem Jahr Gefängnis und die Arbeiterin Mathilde Berger von Barnhart wegen Verhinderung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Wälder Konrad Steinbrücker aus Griesheim hatte aus einem Güterwagen Militärhosen und Gürtel gestohlen, er erhielt 7 Monate Gefängnis und die Katharina Schmittmann aus Lampertheim, die bei den Diebstählen Schmiere gestohlen hatte, 4 Monate Gefängnis.

Waffenhand des Weins.

Sanktbrunnen, 15. Nov. morgens 6 Uhr 0,90 m (14. Nov. 0,86 m) Reil, 15. Nov. morgens 6 Uhr 1,68 m (14. Nov. 1,58 m) Maxau, 15. Nov. morgens 6 Uhr 5,24 m (14. Nov. 3,27 m) Mannheim, 15. Nov. morgens 6 Uhr 2,21 m (14. Nov. 2,26 m)

und, der 1902 seinem Vater folgte, ist Oberleutnant a. D. im Regiment Gardebataillon und erweist sich schon während seiner Dienstzeit in Potsdam der besonderen Gunst des Kaisers. Die Familie des Grafen v. Bentinck ist, wie schon aus obigen hervorgeht, durch die Begründung einer englischen Linie mit englischen Häusern eng verknüpft, besonders mit dem Hause Canabill. Aber auch die unmittelbaren Angehörigen des regierenden Grafen leben zum Teil in England, was sich daraus erklärt, daß der 1903 verlebte Graf Heinrich, der erstgeborene Sohn des Grafen Karl seinerzeit durch Familienvertrag die Rechte der Erstgeburt an seinen jüngeren Bruder, dem Grafen Wilhelm, den Vater des jetzigen Grafen Wilhelm abtrat; seine Familie lebt ausschließlich in England.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

o Karlsruhe, 15. Nov. Chefredakteur Adam Röder hiesiger, der sich freiwillig als unabhängiger konservativer Publizist einen Namen machte und zugleich als Feuilletonist und Theaterkritiker, als dramatischer und erzählender Schriftsteller hervortrat, vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Röder stammt aus Kirchheim b. Heidelberg. Als Student der Ingenieurwissenschaften trat er auf Veranlassung Joseph Sterns zum Journalismus über und nahm mehrere leitende Redaktionsstellen ein (Hildesheimer Kurier, Bad Landpost, Rhein, Kurier, Deutsche Reichspost), bis er in der konservativen Süddeutschen Korrespondenz sich ein eigenes, viel beachtetes Organ schuf. Aus seiner Feder stammen eine Reihe politischer Schriften, voll des Temperaments ihres Verfassers, der auch seine letzten Veröffentlichungen "Konservative Zukunftspolitik" zeigen, bis in unsere Tage hinein sich nicht scheute, einem im preussischen Zunterium befangenen Konservatismus seine Feinde vorzubringen.

o Odenburg, 14. Nov. Wie von hier gemeldet wird, sprechen sich die künstlerischen und technischen Mitglieder des Odenburger Hoftheaters einstimmig gegen die weitere Leitung der Bühne durch den General-Intendanten aus und wählen statt dessen ein vorläufiges Direktorium unter der Vorsitzenden Kirchner und Kapellmeister Prof. Ernst Boehm. Das Institut führt fortan den Namen "Odenburger Theater".

o Kassel, 14. Nov. Die Mitglieder des Kasser Hoftheaters haben einen Künstlerrat, Intendant Graf Boland führt nun häufig die Geschäfte weiter.

